

Aber so weit ist es noch nicht. Die ersten sach- und personalpolitischen Entscheidungen weisen darauf hin, daß die neue Regierung die beruhigenden Ankündigungen aus den ersten Tagen nach der Septemberwahl wahr macht und einen bedächtigen politischen Kurs einschlägt. Gegenwärtig sucht sie *keine unnötige Konfrontation*, nicht mit der parlamentarischen Opposition, nicht mit dem Präsidenten und auch nicht mit der katholischen Kirche. Die notwendigen Entscheidungen bezüglich der Verwaltungsreform, des Konkordats, der Abtreibungsgesetzgebung, der immer noch nicht verabschiedeten Verfassung und der Rolle des Präsidenten in ihr stehen noch bevor. Sie bergen genügend Sprengstoff für die Koalition und Konfliktstoff für das Verhältnis der Verfassungsorgane zueinander.

Für die Stabilität der Demokratie in Polen wäre viel, wenn nicht alles gewonnen, würde die Nachfolgepartei der Kommunisten dazu verurteilt, den Reformkurs der demokratischen Regierungen der letzten vier Jahre fortzuführen und sogar zu stabilisieren, um auch dem letzten, der es bisher nicht wissen wollte, klar zu machen, daß es keinen Weg zurück gibt. Ein eindrucksvolles Beispiel, daß die postkommunistischen Sozialdemokraten die historische Lektion wirklich gelernt haben könnten, war die Entschuldigung, die der SdRP-Vorsitzende Kwaśniewski Anfang November im Sejm vorbrachte. Er bat „alle jene um Verzeihung, die bis 1989 Unrecht und Elend durch die Staatsgewalt und das System erdulden mußten“ (FAZ, 11. 11. 1993). – *Bereitet sich da einer auf größeres vor?*  
*Honni soit qui mal y pense.*  
*Dieter Bingen*

## „In den Entwicklungsländern steht Deutschland nicht am Pranger“

Ein Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im BMZ,  
 Hans-Peter Repnik

*Vor dem Hintergrund eines mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes grundlegend veränderten politischen Umfelds hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) seine Konzeption neu akzentuiert. Kern dieser Konzeption ist einmal die Konzentration der Entwicklungszusammenarbeit auf die Schwerpunkte Armutsbekämpfung, Umweltschutz und Bildung, zum anderen die Festschreibung von Kriterien für die Vergabe von Entwicklungshilfe. Über die Neuorientierung, deren Chancen und Schwierigkeiten sprachen wir mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im BMZ, Hans-Peter Repnik. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.*

**HK:** Herr Staatssekretär Repnik, in dem zu Beginn des Jahres vom Bundeskabinett beschlossenen „Neunten Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland“ wird ein neues Rahmenkonzept der deutschen staatlichen Entwicklungshilfe vorgestellt. Was hat zu dieser Neuorientierung geführt, sie notwendig gemacht?

**Repnik:** Der Denk- und Bilanzierungsprozeß, ob das entwicklungspolitische Engagement Deutschlands nicht neuer Grundlagen bzw. neuer Perspektiven bedürfe, hat bereits in den achtziger Jahren begonnen und wurde im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) seit 1989 intensiviert. Im übrigen wurden ähnliche Überlegungen auch bei den meisten großen Geberländern und multilateralen Organisationen angestellt. Die Bilanz der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit läßt sich mit einigen Schlagworten skizzieren: Einmal waren Projektkonzeptionen oft zu groß dimensioniert. Zum anderen wurden Projekte meist

„von oben verordnet“, und es fehlte ihnen daher an der entsprechenden Nachhaltigkeit. Oft blieben Ansätze auch punktuell und waren zu wenig in die nationalen Gegebenheiten eingebunden.

**HK:** Wie lassen sich solche Fehler künftig vermeiden?

**Repnik:** Das Wichtigste ist, daß sich die Bevölkerung vor Ort mit den Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit identifizieren kann, daß sie an der Planung und Durchführung beteiligt wird. Entwicklungsvorhaben dürfen von den Betroffenen nicht als willkürlich oder als von oben verordnet erlebt werden. Hierzu zählt auch, daß Entscheidungsbefugnisse dezentralisiert werden müssen.

**HK:** In ihren Berichten betonen die Entwicklungsorganisation der UNO ebenso wie die Weltbank die fatalen Folgen, die abgeschottete Märkte in den Industrieländern auf die Entwicklungsländer haben. Kann sich das BMZ in diesem Punkt

als Dritte-Welt-Lobbyist gegenüber Wirtschafts- und Europapolitikern behaupten?

**Repnik:** Das BMZ versteht sich auch als Lobbyist der Entwicklungsländer in Deutschland und in der deutschen Politik. Natürlich ist es unbefriedigend für die deutsche wie für die internationale Entwicklungszusammenarbeit, wenn Regelungen wie die EG-Marktordnung für Bananen zustande kommen, womit unsere Hilfe zum Teil konterkariert wird. Es ist für uns keineswegs leicht, die Interessen der Entwicklungsländer zur Geltung zu bringen. Unsere Aufgabe ist es, die langfristigen Perspektiven eines offenen Welthandels aufzuzeigen und die eigene Abhängigkeit von freien Märkten ins Blickfeld zu rücken.

---

### „Verlangt wird die Teilhabe der Bevölkerung“

---

**HK:** Welche neuen Chancen haben sich für die deutsche Entwicklungspolitik unter den veränderten weltpolitischen Konstellationen ergeben?

**Repnik:** Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist die Entwicklungszusammenarbeit versachlicht worden und wird nicht mehr von der Entwicklungspolitik fremden Einflüssen geprägt, etwa durch die ideologische Konkurrenz oder sicherheitspolitische Überlegungen. Heute kann sich die Entwicklungszusammenarbeit viel unmittelbarer und direkter mit den wirklichen Problemen vor Ort auseinandersetzen. Neue Chancen hat die Entwicklungszusammenarbeit aber vor allem gewonnen durch die Demokratisierungsprozesse in vielen Entwicklungsländern, durch die zunehmende Beteiligung der Bevölkerung an den politischen Prozessen und Reformprozessen, die zu größerer Nachhaltigkeit des Entwicklungsengagements führen.

**HK:** Die Beteiligung der Bevölkerung an den entscheidenden politischen Prozessen ist auch eines der fünf politischen Vergabekriterien für Entwicklungshilfe, die ein zentraler Bestandteil des neuen BMZ-Konzeptes sind. Wird mit diesem Kriterium nicht so etwas wie ein universal gültiges und akzeptierbares Demokratiemodell unterstellt?

**Repnik:** Dieses Kriterium ist häufig mißverstanden worden. Gelegentlich wurden ja auch schon in der entwicklungspolitischen Diskussion Forderungen erhoben, denen ein solches einheitliches Demokratiemodell zugrunde lag. Dies ist nicht unser Ansatz; wir reden keiner allgemein verbindlichen Demokratieform das Wort. Verlangt wird die Teilhabe der Bevölkerung am politischen Prozeß. Wie dies schlußendlich organisiert wird, bleibt den Ländern selbst überlassen. Die Stoßrichtung der Forderungen läuft gegen kleine Eliten, die sich anmaßen, das Geschick eines ganzen Landes bestimmen zu können.

**HK:** Neben der Demokratisierung werden Rechtsstaatlichkeit

und Rechtssicherheit, die Entwicklungsorientierung des Staates, die Einführung einer marktfreundlichen Wirtschaftsordnung, aber auch die Achtung der Menschenrechte zu Kriterien für die Vergabe von Entwicklungshilfe erhoben. Bis 1991 lehnten das Auswärtige Amt und das BMZ die Einführung von Menschenrechtskriterien in der Entwicklungs- oder Außenpolitik ab. Wie kam es zu diesem Umdenken?

**Repnik:** Die Achtung der Menschenrechte hat in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit immer schon eine große Rolle gespielt. Daß sie heute nun eine so prominente Platzierung als eines der fünf Kriterien erhält und dieses international auch weite Akzeptanz findet, ist durch das Ende des Ost-West-Konfliktes bedingt. Heute können wir die Menschenrechte in ihrer Universalität quasi einklagen. Die Rücksichten aus der Zeit des Kalten Krieges gegenüber Menschenrechtsverletzern sind endgültig vorbei.

**HK:** Wie sieht die konkrete Handhabung der Menschenrechtskonditionalität, aber auch die der anderen Kriterien in der Arbeit des BMZ aus?

**Repnik:** Die Beachtung der Menschenrechte wie die der anderen Kriterien wird in dem Konzept nicht als starre Forderung erhoben. Nicht der status quo eines Landes alleine wird gemessen. Über eine mögliche Zusammenarbeit entscheidet das Bemühen einer Regierung, Menschenrechtsverletzungen einzudämmen. Vorhandene Prozesse sollen gefördert und ein Umkehr-Trend ermöglicht werden. Man kann die Kriterien nicht unflexibel handhaben. Für jedes Land muß ein eigenes Konzept erarbeitet, muß eigens geprüft werden, wie sich die fünf Kriterien in die jeweilige Realität einpassen lassen.

**HK:** Wie läßt sich die neue deutsche Konzeption mit ihren Vergabekriterien in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit verorten?

**Repnik:** Deutschland hat bei der Einführung klar definierter Kriterien eine Vorreiterrolle übernommen. Es zeigte sich aber sehr schnell, daß diese Konzeption dem internationalen Trend entspricht. Die Kriterien fanden große Zustimmung und wurden bereits 1991 nach intensiven Diskussionen im Entwicklungs-Minsterrat der EG auch von der EG übernommen, einschließlich der Kriterien Demokratie und Menschenrechte.

**HK:** Und wie reagierten die multilateralen Organisationen, vor allem aber die Verantwortlichen in den Entwicklungsländern selbst?

**Repnik:** Die Akzeptanz beider war unerwartet groß: Man versteht, daß das Geberland Deutschland Mindeststandards für die Vergabe von Hilfe fordert. Vor allem aber wurde die damit geschaffene Transparenz und Verlässlichkeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit begrüßt. Interessant war auch, daß der Bericht der UN-Entwicklungsorganisation (UNDP) des Jahres 1992 diese Kriterien aufgriff – in deren Gremien haben die Entwicklungsländer die Mehrheit. Am wichtigsten aber war und ist auch in der Resonanz auf das

deutsche Konzept, daß mit der Vorlage dieser Kriterien den demokratischen Kräften in den Entwicklungsländern der Rücken gestärkt wird für ihren eigenen Kampf um die Verwirklichung von Menschen-, und individuellen Freiheitsrechten und um die Beteiligung an den politischen Entscheidungen.

**HK:** Bedenken etwa dergestalt, daß durch die Vergabekriterien die Entwicklungshilfeleistungen insgesamt – mit einem guten Alibi – verringert oder daß mögliche negative Sanktionen die Bedürftigsten in den Ländern treffen würden, gab es trotzdem. Welche Schwierigkeiten ergeben sich bei der Anwendung der Kriterien?

**Repnik:** Diese Kriterien werden weniger als Sanktionsmaßnahmen angewandt. Es geht vielmehr darum, entsprechende Positivmaßnahmen zu fördern. Probleme und Schwierigkeiten entstehen einmal aus einer häufig zu beobachtenden Zurückhaltung und Vorsicht bei der Umstellung auf neue Wirtschaftsmechanismen; die Partnerländer fürchten Umwälzungen, die oft zunächst zu noch schwierigeren wirtschaftlichen Verhältnissen führen. Zum anderen bedeutet die Anwendung der Kriterien in vielen Fällen, gegen Eliten vorgehen zu müssen, die bei entsprechenden Reformen ihre Einflußmöglichkeiten und ihre durch Korruption und Vetternwirtschaft gefestigten Privilegien verlieren.

---

## „Die Akzeptanz als Dialogpartner erhalten“

---

**HK:** Gerade Menschenrechtsorganisationen hegen aber – auch bei grundsätzlicher Zustimmung zur Menschenrechtskonditionalität in der Entwicklungszusammenarbeit – die Befürchtung und den Verdacht, es könne aufgrund anderer politischer Opportunitäten zu ungläubwürdigen „Doppelstandards“ bei der Anwendung des Menschenrechtskriteriums kommen. Dabei wird Ihrem Haus und der Bundesregierung insgesamt gerade der Kurs gegenüber der Volksrepublik China vorgehalten.

**Repnik:** Entwicklungspolitik kann nicht völlig losgelöst vom gesamtpolitischen Umfeld betrieben werden. Das heißt konkret im Falle Chinas, daß wir mit der Menschenrechtssituation – nicht nur wegen der Ereignisse auf dem Platz „des himmlischen Friedens“ – keineswegs zufrieden sind. Dies wird gegenüber chinesischen Repräsentanten auch problematisiert. In solchen Fällen aber muß die grundsätzliche Frage gestellt werden: Steigen wir aus der Zusammenarbeit mit dem Land aus, oder erhalten wir uns mit einer weiteren Entwicklungszusammenarbeit die Chance, im politischen Dialog auf die Verbesserung der Situation hinzuwirken? Ein anderes Beispiel für diese Abwägung ist Peru: Nach dem „Selbstputsch“ Fujimoris gab es Überlegungen, sich ganz aus Peru zurückzuziehen. Wenn wir aber den Fuß in der Tür lassen, kann eben diese Präsenz auch unsere Akzeptanz als Dialogpartner erhalten. Im übrigen wird dieses Vorgehen durch die Erfahrung be-

stätigt, daß die Menschenrechtsgruppen in den jeweiligen Ländern – gerade auch in China – darauf drängen, Deutschland solle sich nicht aus der Zusammenarbeit zurückziehen, damit sie nicht völlig isoliert werden.

**HK:** Die Festlegung politischer Kriterien bildet das eine wesentliche Moment des neuen Konzeptes, das andere ist die Konzentration der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf drei Schwerpunktbereiche: Armutsbekämpfung, Umweltschutz und Bildung. In welchem Verhältnis stehen diese beiden Essentials?

**Repnik:** Das eine sind Kriterien, die das BMZ für erforderlich hält, damit überhaupt eine vernünftige Entwicklung gewährleistet ist und das andere sind neue inhaltliche Schwerpunkte von denen wir glauben, daß sie am dringlichsten einer Lösung bedürfen, daß sie die Kernprobleme in den allermeisten Entwicklungsländern ausmachen. Bei Verhandlungen über die Zusage unserer Mittel wählen wir unter den Partnernvorschlägen diejenigen aus, die unseren Schwerpunkten entsprechen.

**HK:** Welche Schwierigkeiten ergeben sich aus der Konzentration auf die genannten Schwerpunktbereiche? Decken sich diese Vorstellungen denn mit den Erwartungen der Partnerländer?

**Repnik:** Häufig bevorzugen unsere Partner in ihren Anfragen nach wie vor Prestigeobjekte. Oft fehlt es an geeigneten, auch nicht-staatlichen Trägern. Andere Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß etwa die Armutsbekämpfung Selbsthilfeansätze erfordert, die selten existieren und erst zeitraubend entwickelt werden müssen. Die durchaus beachtlichen Erfolge dieses langsamen Wachstumsprozesses sind wenig spektakulär. Bei der Konzentration auf den Umweltschutz fühlen sich Partner schnell bevormundet und verweisen auf die massive Umweltzerstörung in den Industrieländern. Dennoch konnte erreicht werden, daß ein hoher Anteil der Projekte – ein Viertel der gesamten Zusagen des BMZ – überwiegend und unmittelbar auf Umwelt- und Ressourcenschutz abzielen.

**HK:** Was bedeutet die Konzentration auf Armutsbekämpfung für die Arbeit des BMZ konkret?

**Repnik:** Zunächst einmal ist die Armutsbekämpfung nicht nur in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, sondern auch international in den letzten Jahren zu einem zentralen Ziel geworden. Denn der Zusammenhang zwischen Armut und Bevölkerungswachstum – nach unserer Auffassung ein weiterer Schlüsselbereich – und Armut und Umweltzerstörung ist signifikant. Wenn wirklich etwas gegen die Bevölkerungsexplosion getan werden soll, muß zuerst Armut bekämpft werden. Denn Armut führt meist zu mehr Kindern, das enorme Bevölkerungswachstum wiederum aber belastet die Umwelt. Je besser jedoch die Bildung ist, um so geringer wird die Kinderzahl.

**HK:** Armutsorientierung ist demnach weniger Kennzeichen einzelner Projekte als vielmehr ein verändertes Grundprinzip der Entwicklungszusammenarbeit überhaupt...

**Replik:** Ja, im Oktober 1992 wurde vom BMZ ein Konzept zur Armutsbekämpfung verabschiedet, in dem diese als vorrangiges Ziel der deutschen Entwicklungspolitik festgeschrieben wurde. Damit wurde die in der Vergangenheit häufig praktizierte Unterscheidung aufgehoben zwischen in der Regel kleinen, selbsthilfeorientierten Projekten der Armutsbekämpfung auf der einen und größeren Vorhaben auf der anderen Seite, die eher einer allgemeineren Entwicklungsförderung dienen.

**HK:** Und wie wird dieses Konzept in der Projektplanung realisiert?

**Replik:** Bei allen Projekten des BMZ, auch bei infrastrukturellen Maßnahmen – etwa dem Straßenbau – oder auch bei Regierungsberatungen wird gefragt, welchen Beitrag sie direkt oder mittelbar zur Armutsbekämpfung leisten oder leisten können und welche Auswirkungen auf die armen Bevölkerungskreise vor Ort zu erwarten sind.

**HK:** Die Schuldenkrise, in der sich viele Entwicklungsländer befinden und die insbesondere für die ärmsten unter ihnen nichts an Brisanz zu verlieren scheint, ist eines der zentralen Entwicklungshemmnisse. Und wiederum die Ärmsten in den Ländern selbst sind die Opfer der vom internationalen Krisenmanagement zur Bekämpfung der Verschuldung auferlegten Strukturanpassungsprogramme. Was bedeutet Armutsorientierung für die deutsche Schuldenstrategie?

**Replik:** Zunächst einmal haben wir als Bundesrepublik keine eigenständige Entschuldungspolitik. Das BMZ hat von sich aus die Regelung getroffen, daß die Gruppe der sogenannten „am wenigsten entwickelten Entwicklungsländer“ (LDC) keine rückzahlbaren Kredite und Darlehen mehr, sondern Hilfe ausschließlich in der Form von Zuschüssen erhält. Dazu haben wir diesen LDC's Schulden in Höhe von 9,4 Milliarden Mark erlassen. Darüber hinaus tragen wir selbstverständlich die Schuldenstrategie des Pariser Klubs (dem Interessenverband der öffentlichen Gläubiger) mit, die heißt, Schuldentilgung und Schuldenerlaß nur gegen entsprechende Leistungen des Partners, nur bei Strukturverbesserung vor Ort. Ohne die Veränderung verkrusteter Strukturen, die oftmals die Länder erst in die Verschuldungskrise geführt haben, sind wir nicht zu Schuldenreduzierung und Schuldentilgung bereit, weil dies sonst keine nachhaltige, auch nicht armutsbekämpfende Wirkung hätte.

**HK:** Darüber hinaus versucht das BMZ aber auch Wege der zielgerichteten Schuldenumwandlung zu gehen...

**Replik:** Das BMZ hat zum ersten Mal Verhandlungen unter dem Stichwort „Debt-for-Nature-Swaps“ aufgenommen, also Ländern das Angebot unterbreitet, Schulden zugunsten ganz konkreter Umweltmaßnahmen, die von der Partnerregierung durchgeführt werden, zu erlassen. Die ersparten Tilgungsleistungen müssen dabei für ein ganz konkretes Umwelt-Projekt aufgewandt werden. Ansonsten werden heute ja in der Regel keine Strukturanpassungsprogramme mehr gefahren ohne

entsprechende soziale Anpassungsprogramme. In den 80er Jahren war man gelegentlich über das Ziel hinausgeschossen, indem man den einzelnen Ländern Anpassungsprogramme auferlegt hat, ohne die negativen sozialen Auswirkungen für die Ärmsten der Armen zu bedenken.

---

„Zur Nord-Süd-Solidarität gehört auch die zwischen Ost und West“

---

**HK:** Noch bei der UN-Umweltkonferenz in Rio hat es der deutsche Bundeskanzler versprochen: Deutschland werde versuchen, so schnell wie möglich die von den Vereinten Nationen definierte Zielmarke zu erreichen, also 0,7 Prozent des deutschen Bruttosozialproduktes für die Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Statt dessen wurde der Haushalt des BMZ für 1994 auf der Höhe des Vorjahres, bei 8,4 Milliarden Mark, also knapp 0,4 Prozent eingefroren. Mehr ist nicht drin?

**Replik:** Zunächst einmal muß gesehen werden, daß im Gegensatz zu vielen anderen Etats der des BMZ nicht gekürzt wurde. Der Bundeskanzler hat in Rio auch betont, daß wenn der Gedanke der einen Welt überhaupt tragen soll, zu der Nord-Süd-Solidarität eben auch die Ost-West-Solidarität gehört. Das heißt, wir können die Hilfe für den Süden nicht ständig steigern, da sich Deutschland wie keine andere Industrienation des Nordens gleichzeitig in Osteuropa und den Ländern der früheren Sowjetunion engagiert – mit finanziellen Zusagen, Überweisungen und anderen Verpflichtungen, die sich insgesamt auf 80 Milliarden Mark belaufen. Diese Leistungen werden als Entwicklungshilfe bisher nur teilweise anerkannt.

**HK:** Welchen Anteil hat das BMZ an der deutschen Hilfe für die Länder des ehemaligen Ostblocks? Wo liegen Ihre Schwerpunkte?

**Replik:** Inzwischen sind fünf zentralasiatische Republiken als Entwicklungsländer anerkannt worden. Die drei kaukasischen Länder stehen kurz davor. Dementsprechend müssen sie auch von uns als Entwicklungsländer behandelt und gefördert werden. Insgesamt konzentriert sich das BMZ in den östlichen Ländern auf Beratungshilfe und auf die Rehabilitation von Schlüsselbereichen in der Wirtschaft und unterstützt die Reform der Wirtschaftsgesetze, Privatisierung und den Aufbau eines Mittelstandes. Konkret wird beispielsweise die Einrichtung von Handwerks-, Industrie- und Handelskammern, Verbänden und eines modernen Bankwesens gefördert. Für die mittel-, osteuropäischen- und die GUS-Staaten wurde ein zusätzlicher Titel in BMZ-Einzelplan eingerichtet, der anteilmäßig stärker als der Gesamthaushalt der Entwicklungszusammenarbeit wächst. Mit der Einrichtung eines eigenen Titels sollte auch deutlich gemacht werden, daß diese Hilfe nicht nur zu Lasten des Südens geht.

**HK:** Im Rahmen eines sich verschärfenden Nord-Süd-Kon-

fliktes wird das faktische Teilenmüssen mit dem Osten denoch schwer zu vermitteln sein...

**Repnik:** Vertreter der „klassischen“ Entwicklungsländer nehmen es Deutschland – im Gegensatz zu anderen Ländern – ab, daß es sich tatsächlich bis an den Rand der Möglichkeiten engagiert. Die Deutschen stehen da nicht am Pranger. Den Ländern des Südens muß doch klar sein: Wenn es nicht gelingt, den Transformationsprozeß im früheren Ostblock zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen, entstehen Probleme, in deren Folge auch Deutschland die Mittel fehlen werden, solidarisch gegenüber dem Süden zu sein. Das heißt konkret, daß Deutschland auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein wird, ausschließlich dem Süden gegenüber die 0,7 Prozent zu erreichen.

**HK:** Wie geht aber nun das BMZ mit einem faktisch schmaleren Etat um? Wird der Kreis der Empfängerländer verkleinert oder ändern sich die Verteilungsprinzipien?

**Repnik:** Zuerst muß mit den vorhandenen Mitteln noch sorgfältiger als bisher und so effizient wie möglich gearbeitet, müssen Maßnahmen noch stärker als in der Vergangenheit regional wie sektoral konzentriert werden. Wir haben auch bezüglich der Länder eine noch sorgfältigere Auswahl getroffen – besonders gegenüber Ländern, deren politische, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen nicht ausreichend Gewähr bieten, daß unsere Hilfe nachhaltig und wirksam eingesetzt wird. Dies gilt für Myanmar, Zaire, Togo, Kuba oder Afghanistan. Ebenso gibt es Überlegungen, künftig kleinere Projekte mit hohem administrativem Aufwand an die EG abzugeben. Vielleicht haben wir wegen der Haushaltssituation ja auch die Chance, durch Konzentration ein noch typischeres deutsches Entwicklungsprofil herauszuarbeiten.

---

## „Die Vorzüge multilateraler Entwicklungszusammenarbeit nicht ignorieren“

---

**HK:** Ist das spezifisch deutsche Profil der Entwicklungszusammenarbeit nicht eher durch die Zunahme multilateraler Verpflichtungen am Schwinden?

**Repnik:** Es muß darauf geachtet werden, daß die Schere zwischen der bilateralen und den multilateralen Anteilen nicht noch weiter auseinanderklafft. Traditionell entspricht das Verhältnis bilateralen zu multilateraler Hilfe zwei Drittel zu einem Drittel. Der multilaterale Anteil ist, nicht zuletzt im Zuge der europäischen Einigung aber auch mit wachsenden Verpflichtungen im Rahmen von IDA – der Internationalen Entwicklungsagentur – gestiegen. Deutschland kann sich – wiedervereinigt und mit voller Souveränität – auch in der Entwicklungshilfe nicht aus den internationalen Entwicklungsorganisationen zurückziehen.

**HK:** Sollte aber nicht trotzdem schon wegen der besseren Kontrollmöglichkeiten die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit ausgebaut werden?

**Repnik:** Zunächst nimmt die Bundesregierung ihre Kontroll- und Interventionsbefugnisse regelmäßig und effektiv wahr. Dennoch ist das Kontrollsystem verbesserungsfähig, und wir unterstützen die inzwischen von der Weltbank eingeleiteten Reformbestrebungen. Darüber hinaus aber dürfen auch nicht die Vorzüge multilateraler Entwicklungszusammenarbeit ignoriert und übersehen werden: Aufgrund ihres Volumens hat sie in vielen Ländern eine erheblich stärkere Position als die bilaterale. Zudem ermöglicht sie ein einheitliches Vorgehen bei der Lösung zentraler Entwicklungsprobleme, bei einer immer noch nicht hinreichend funktionierenden Geberkoordinierung.

**HK:** Für die Entwicklungschancen eines Landes sind über die öffentlichen Hilfen hinaus Privatinvestitionen ganz entscheidend. Für diese scheint aber Osteuropa in jedem Fall attraktiver zu sein als die meisten Entwicklungsländer. Kann hier das BMZ ausgleichend steuern?

**Repnik:** Auf der einen Seite sind private Investitionen unabdingbar und grundsätzlich noch wichtiger als Entwicklungshilfe und -zusammenarbeit. Auf der anderen Seite ist es nicht unsere Aufgabe, Forderungen an die deutsche Privatwirtschaft zu stellen. Hier muß zwischen den entwicklungspolitischen Richtungsentscheidungen der Bundesregierung und einzelwirtschaftlichem Handeln der Unternehmer unterschieden werden. Aber das BMZ versucht ja gerade durch die Anwendung der Kriterien die Rahmenbedingungen in den Ländern zu schaffen – Rechtssicherheit, die Garantie von Eigentumsrechten usw. –, die die Investition ausländischen Kapitals ermöglichen. Natürlich hat Osteuropa durch geographische Nähe, kulturelle Affinitäten, durch ein erhebliches Potential an gut ausgebildeten Facharbeitern und die Nähe der Märkte eine höhere Attraktivität. Von daher sind Osteuropa und die Länder der früheren Sowjetunion für viele Entwicklungsländer Konkurrenz.

**HK:** Die geographische Distanz zu den Märkten des Nordens bleibt also das Schicksal des Südens?

**Repnik:** Nähe allein bedeutet noch keinen Standortvorteil. Es ist bereits deutlich erkennbar, daß durch veränderte politische wie wirtschaftliche Rahmenbedingungen eine ganze Reihe lateinamerikanischer Länder wieder zu interessanten Standorten für ausländisches Kapital geworden sind. Auch ist in den letzten zwei Jahren Fluchtkapital in hohem Maß nach Lateinamerika zurückgeflossen. Ausländische Investoren interessieren sich wieder für die Region. Ein zaghaftes, aber immerhin hoffnungsvolles Pflänzchen keimt da – trotz Osteuropa! Und ähnliche Entwicklungen gibt es auch in Asien.

**HK:** Dann bleibt aber noch die Frage nach Afrika. Droht nicht gerade Schwarzafrika – vergessen und verloren – einfach von der weltwirtschaftlichen Dynamik abgekoppelt zu werden?

**Repnik:** Das Vergessen droht ganz sicher nicht: In der bilateralen wie multilateralen Entwicklungshilfe gibt es ein unge-

heuer starkes Engagement für Afrika; der größte Teil unserer Hilfe und beispielsweise der Aufwendungen von IDA fließt dort hin. Aber eine Vielzahl afrikanischer Länder läßt aufgrund der internen politischen Probleme eine stärkere Förderung, eine umfangreichere Hilfe nicht zu. Im Hinblick auf privates Investment scheint Afrika tatsächlich vergessen. Seit Jahren halten sich Privatinvestoren aus Afrika zurück. Sie werden sich aber auch in Afrika engagieren, wenn sie dort geeignete Rahmenbedingungen vorfinden.

„Wir haben großes Vertrauen in die Arbeit der kirchlichen Hilfswerke“

**HK:** Wie gestaltet sich die Kooperation der staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit den nicht-staatliche Entwicklungshilfeorganisationen in Deutschland, insbesondere den kirchlichen Hilfswerken? Gibt es so etwas wie eine Rollenteilung?

**Replik:** Die enge Zusammenarbeit der Bundesregierung mit nicht-staatlichen Organisationen bewährt sich in Deutschland nun schon seit dreißig Jahren, und das gilt insbesondere für die Zusammenarbeit mit den kirchlichen Hilfswerken. Für sie wurden eigene Förderungsrichtlinien erarbeitet, die zugleich deutlich machen, daß der kirchlichen Entwicklungsarbeit nicht nur ein hoher Stellenwert beigemessen wird, sondern der inhaltlichen Arbeit der Kirchen und der finanztechnischen Abwicklung der Hilfe auch großes Vertrauen entgegengebracht wird.

**HK:** In welchen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit kooperiert Ihr Haus konkret mit nicht-staatlichen Organisationen, wo liegt deren spezifische Kompetenz?

**Replik:** Nicht-staatliches, also auch kirchliches Entwicklungengagement hat den Vorteil der größeren Nähe zu den armen und unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen und kann damit unmittelbar Selbsthilfewillen und Eigeninitiative mobilisieren. Ein wichtiges Feld gemeinsamer Interessen und sich ergänzenden Handelns ist aber auch die entwicklungspolitische Bewußtseinsbildung unter der deutschen Bevölkerung. Durch ihre Kontakte zu den verschiedenen Bevölkerungsgruppen können nicht-staatliche Träger in beachtlichem Maße Verständnis für die Aufgaben und Ziele der Entwicklungszusammenarbeit wecken.

**HK:** Wie stabil sind die Unterstützungsleistungen aus dem Etat des BMZ für die nichtstaatliche Entwicklungshilfeorganisationen?

**Replik:** Die den deutschen nicht-staatlichen Organisationen aus dem BMZ-Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel wurden in den vergangenen 30 Jahren stetig angehoben und erreichten 1992 einen Förderbetrag von 831 Millionen Mark. Das sind – und dieser Anteil ist weltweit einmalig – rund zehn Prozent des Gesamtetats. Wie stabil die Zusammenarbeit ist, mag schon daran erkannt werden, daß auch angesichts der schwierigen Haushaltslage, die Ansätze des BMZ mit nicht-staatlichen Trägern in etwa auf dem gleichen Niveau wie bisher bleiben werden.

# Wohin nach 1989?

## Heiner Geißlers Sicht der deutschen Dinge

*Nach dem Muster ihres 1992 erschienenen und vieldiskutierten Interviewbuchs mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker haben die beiden Journalisten Gunter Hofmann und Werner A. Perger jetzt ein Mammut-Interview mit Heiner Geißler veröffentlicht (Heiner Geißler im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger, Eichborn Verlag, Frankfurt 1993). Der jetzige stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende und frühere Generalsekretär der CDU löckt in seiner Partei in mancher Hinsicht gegen den Stachel.*

Das Opus ist umfangreich geworden. Über 400 Seiten haben die Gesprächspartner gebraucht, um alles zu Papier zu bringen, was einem beherzten Menschen der Zeitgeschichte im Ringen mit sich selber, mit seiner immer bunter werdenden politischen Umwelt und mit denen, die zur Zeit Politik tatsächlich machen, durch den Kopf geht, noch im Herzen brennt oder schon auf der Zunge liegt. Dabei wird gründlich vorgegangen. Mit Sonderseiten auf Recycling-Hintergrund für besonders harte Begriffe und Sachverhalte wie Internatio-

nale Arbeitsteilung, Pflegeversicherung, Xenophobie – entstanden vermutlich in viel Neben- und Nacharbeit.

Eine unglückliche „Waldlandung“ des Gleitfliegers Geißler gab dazu Zeit und Gelegenheit. Wäre die Sache bedeutend genug, Semantiker und Hermeneutiker fänden an ihr eine Fundgrube für Fragen wie: Was wurde durch die Interviewer an Gedanken angestoßen, was vom Interviewten am Schreibtisch in den Fragebogen hineingetragen. Das macht die Lektüre nicht einfach und mindert – was bedauerlich ist – vermutlich die Resonanz.